

POSTULAT von Marc Bourgeois (FDP, Zürich), Beatrix Frey-Eigenmann (FDP, Meilen) und Angie Romero (FDP, Zürich)

betreffend Keine Einreisequarantäne bei negativem SARS-CoV-2-Test

Der Regierungsrat wird gebeten, sich als Standortkanton des Landesflughafens und als Wirtschaftszentrum dafür einzusetzen, dass Einreisequarantänen dann nicht mehr ausgesprochen werden, wenn bei der Einreise ein maximal 48 Stunden alter, negativer SARS-CoV-2-Test vorgelegt wird und die einreisende Person asymptomatisch ist. Zudem soll die Quarantäne aufgehoben werden, wenn nach der Einreise ein negativer Testbefund beigebracht werden kann. Sollte es epidemiologisch angezeigt sein, so könnte ergänzend eine Pflicht zur Wiederholung dieses Tests nach einigen Tagen vorgeschrieben werden.

Dies hat so rasch wie möglich zu geschehen, in jedem Fall deutlich vor den Herbstferien.

Marc Bourgeois
Beatrix Frey-Eigenmann
Angie Romero

Begründung:

Das vom Bund verordnete Regime der Einreisequarantäne für laufend wechselnde Länder verursacht einen immensen volkswirtschaftlichen Schaden, bedroht verschiedene Branchen im Kanton Zürich vital und hat das Potenzial, gewachsene Wirtschaftsstrukturen nachhaltig zu zerstören:

- Aufgrund der Unvorhersehbarkeit der Quarantänenvorschriften werden Reisen in die Schweiz gar nicht erst geplant, obwohl sie dann zum Zeitpunkt des Reiseterrmins eigentlich möglich wären. Dies gilt unabhängig vom Transportmittel.
- Selbiges gilt für Reisende aus der Schweiz, bspw. im Rahmen der Herbstferien. Viele Reisende können sich das Risiko einer Einreisequarantäne bei der Rückkehr nicht leisten, überdies werden auch die Kosten nicht angetretener Reisen sowie unplanmässiger Rückreisen von den wenigsten Reiseversicherungen gedeckt. Und selbst wenn ein Land bei Reiseantritt nicht auf der Quarantäneliste figuriert, laufen die Reisenden stets Gefahr, dass sich dies im Verlauf der Reise ändert, womit kaum ein Reiseziel zuverlässig gebucht werden kann. Internationale Reisen sind damit auf längere Sicht nur für eine sehr kleine Gruppe möglich.
- Der wirtschaftliche bedeutsame Geschäftsreiseverkehr wird unterdrückt, weil Unternehmen das Risiko einer Quarantäne scheuen.
- Hinzu kommen die direkten Kosten einer Einreisequarantäne durch Arbeitsausfälle.

Da die Corona-Pandemie global noch lange nicht ausgestanden ist, muss damit gerechnet werden, dass das Regime der Einreisequarantäne in Anwendung der heutigen Logik noch während vielen Monaten Bestand haben wird.

Staatliche Massnahmen – auch Einreisequarantänen – haben stets verhältnismässig zu sein. Es ist das mildeste Mittel zur Erreichung eines Zieles zu wählen und eine Güterabwägung vorzunehmen. Angesichts des hohen Schadens der Einreisequarantäne sollte der Nutzen

dieser einschneidenden Massnahme besonders hoch sein. Als hoch kann der Nutzen dann beurteilt werden, wenn unter den jetzt in die Einreisequarantäne geschickten gegenüber der lokalen Bevölkerung derart viele zusätzliche Infektionsfälle auftreten, dass diese den Pandemieverlauf in der Schweiz massgeblich beeinflussen. Dieser Nachweis wurde bisher nicht erbracht. Damit stellt sich schon die Frage, ob es sich bei der Einreisequarantäne um eine verhältnismässige Massnahme handelt, zumal mit flächendeckenden Einreisetests, wie dies gewisse andere Länder handhaben, ein weit milderes Mittel zur Verfügung stehen würde, das zudem zu einer Entlastung des Contact Tracing-Systems führt. Statt die Ressourcen zur Überwachung von Menschen zu vergeuden, die überwiegend nicht infiziert sind, könnten diese im Umfeld von Menschen eingesetzt werden, die tatsächlich positiv getestet wurden.

Der Kanton Zürich als Standort des Landesflughafens und als wirtschaftliches Zentrum leidet in besonderem Mass unter der Einreisequarantäne. Entsprechend ist es legitim, sich bei der Landesregierung für verhältnismässige Regeln einzusetzen. Er kann dabei auch im Namen der für Zürich bedeutsamen Unternehmen Swiss und Flughafen Zürich AG sprechen, die entsprechende Signale ausgesendet haben.

Wir müssen lernen, mit Corona zu leben. Die Einreisequarantäne des Bundes sorgt aber auf Dauer für ein organisiertes Sterben verschiedener Wirtschaftszweige. Das würde das dauerhafte Aus für Zehntausende Jobs im Kanton Zürich bedeuten.

Begründung der Dringlichkeit:

Reisepläne werden im Voraus geschmiedet, und es braucht dazu mittelfristig verlässliche Regeln. Im Hinblick auf die bevorstehenden Herbstferien ist ein umgehender Systemwechsel anzustreben.